



Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erst einmal vielen Dank, dass ich als Vertreter der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung zu euch sprechen darf.

„Sozial ist, was Arbeit schafft“. Ihr kennt noch den Spruch.

Oder den: „Privat vor Staat“.

Oder: „Mehr Gerechtigkeit schadet der Wirtschaft“.

Kaum regt sich in diesem Land Widerspruch gegen solche Parolen, kaum regt sich in diesem Land Unmut darüber, dass wir uns in einer sozialen Schieflage befinden – schon fährt die andere Seite ordentlich was auf. Wie zum Beispiel die euch sicher bekannte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Die ist von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie gegründet und ist mindestens sieben Millionen Euro schwer. Da werden mal vom neuen SPD-Vorsitzenden einige wenige Verbesserungen für das Arbeitslosengeld I vorgeschlagen – und die Jungs kriegen schon Schnappatmung und sehen „das deutsche Jobwunder“ in Gefahr. Gucken wir uns doch mal an, wie sozial, wie gerecht deren Vorstellung von Jobwunder sind.

Im Dezember 2016 hat die Zahl der Leiharbeiter die 1-Millionen-Grenze geknackt; noch nie haben so viele Menschen auf Zeit und zu schlechter Bezahlung in Deutschland arbeiten müssen. Obwohl es durch aus Bemühungen gibt, die Leiharbeit zu ihrem Ursprungszweck zurückzuführen – nämlich Auftragsspitzen zu kompensieren. Trotz dieser Gesetzesinitiativen kommt es wohl nicht nur mir so vor, dass Werkverträge und Leiharbeit in unserem Land weiterhin in großem Stil für Lohndumping und Ausbeutung in verschiedenen Branchen missbraucht werden. Das System stützt sich auf das mitunter skrupellose Geschäft von Subunternehmern. Deren Willkür und Gier sind die Werkvertrags- und Leiharbeiter schutzlos ausgeliefert. Das ist nicht gerecht, das ist schäbig.

Kolleginnen und Kollegen, wie schäbig dieses System ist zeigt ein Beispiel aus Sachsen-Anhalt: Da wird eine Großbäckerei geschlossen, um an anderer Stelle ein neues Werk zu bauen – und der tschechische Konzern Agrofert will das neue Werk mit 200 Leiharbeitern betreiben. Ohne Stammebelegschaft, ohne Tarifbindung – aber mit elf Millionen Euro Förderung durch das Land Sachsen-Anhalt. Kolleginnen und Kollegen, an diesem Jobwunder ist nichts sozial, ist nichts gerecht. Das bleibt einfach schäbig.

Und schauen wir doch mal 140 Kilometer weiter westlich, nach Dissen im Landkreis Osnabrück: Dort haben gestern 2500 Menschen für den Erhalt zweier Werke des Feinkost-Herstellers Homann demonstriert. Auch das Schließen, das Verschieben von Werken und – ganz ehrlich – das Verschaukeln von Belegschaften und ihrer Familien ist alles andere als sozial, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erlaubt mir noch eine andere Zahl: Fast 600.000 Beschäftigte müssen ergänzend zum kargen Lohn Hartz IV beantragen. Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen weiter zu – fast jeder fünfte junge Berufstätige bis 35 Jahren hangelt sich mit endlosen Kettenarbeitsverträgen durchs Leben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, sagt mir: was ist sozial, was ist gerecht an, wie es so schön heißt, „sachgrundlosen Befristungen“? Die Antwort ist kurz und einfach: Nichts. Nichts daran ist gerecht, wenn junge Leute keine Familie gründen können, weil ihnen eine sichere Perspektive fehlt. Gerechtigkeit geht anders.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wäre aber nun gerecht? Unbestritten ist dieses Land reich. Reich durch unsere Arbeit. Reich aber auch dadurch, dass es anderen auf der Welt schlecht geht. Trotzdem gibt es gewaltige Schieflagen in unserem Land. Das beklagen nicht nur Gewerkschaften, das beklagen nicht nur Kirchen – es ist die Bundesregierung selbst, die das in ihrem jüngsten Armuts- und Reichtumsbericht beklagt.

Kolleginnen und Kollegen, soziale Ungerechtigkeit ist Sprengstoff in unserer Gesellschaft. Sie treibt Menschen an die politischen Ränder, macht blaulackierte Nazis hoffähig und gefährdet ein gutes Leben für alle. In einem reichen Land wie unserem ist die gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein Gebot der Stunde. Wir müssen Reichtum umverteilen – dann ist ein gerechtes Land möglich.

Reichtum umverteilen ist auch der Name eines neuen Bündnisses. 30 Organisationen haben sich dazu zusammengeschlossen. DGB-Gewerkschaften wie Verdi und die GEW, Sozial-, Wohlfahrts- und Jugendverbände bis hin zu Migranten- und Umweltorganisationen und kirchliche Verbände. Merkt ihr was? Wir sind viele. Und wir sind eins. Wir kriegen das hin. Denn der Schlüssel für eine gerechtere und bessere Politik ist eine steuerpolitische Kehrtwende. Dem enormen privaten Reichtum steht eine massive öffentliche Armut gegenüber. Das wird in immer mehr Kommunen deutlich sichtbar. Deutschland fährt auf Verschleiß. Aus finanzieller Not werden vielerorts Ausgaben für Kultur, Soziales und Bildung über die Schmerzgrenze hinaus zusammengestrichen. Und für die Pflege sowieso. Eine solidarische Steuer- und Finanzpolitik ist letztlich die Nagelprobe für einen guten Sozialstaat.

Was wir in den letzten Jahren erlebt haben: Steuern auf große Vermögen, hohe Einkommen und Gewinne wurden gesenkt und Kapitalmärkte förmlich entfesselt. Viele große Konzerne drücken vor Steuern. Damit muss Schluss sein:

- Finanzstarke Unternehmen müssen wieder höhere Beiträge zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten; sehr hohe Einkommen sind stärker zu besteuern; Kapitalerträge dürfen nicht privilegiert werden;
- Steuerbetrug muss bekämpft und Steuerschlupflöcher müssen beseitigt werden, in Deutschland, der EU und weltweit;
- eine Vermögenssteuer und eine reformierte Erbschaftsteuer müssen Vermögende angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen (In Klammern gesprochen: so wie es in Sachen Vermögenssteuer bis 1996 war).

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Wer Armut bekämpfen will, muss die Tarifbindung stärken und die gesetzliche Rente stabilisieren, sie schrittweise wieder anheben. Wer Armut bekämpfen will, muss Familien stärken – auch durch mehr öffentliche Investitionen in Bildung und Betreuung. Und wer Armut bekämpfen will, muss endlich damit aufhören, verschiedene Gruppen von Bedürftigen gegeneinander auszuspielen. An den Missständen in diesem Land sind nicht die Armen, die Erwerbslosen oder die Schutzsuchenden schuld.

Aber damit kein Zweifel aufkommt: das hat nichts mit Neid zu tun. Sondern schlicht mit Gerechtigkeit. Starke Schultern können und sollen mehr tragen. Oder anders gesagt: „Wir müssen als die Starken die Schwäche derer tragen, die schwach sind, und dürfen nicht für uns selbst leben.“ Kluger Satz, steht übrigens in der Bibel (Römer 15,1). Das darf ich als Kathole hier mal sagen. Auch deshalb, weil in letzter Zeit soviel von christlichem Abendland und von deutscher Leitkultur in zehn Punkten die Rede ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: ein letztes. Für mich gehören zu so was wie Leitkultur und christlichen Abendland Sonn- und Feiertage, die soweit wie möglich arbeitsfrei sind. Vor allem an denen Konsumtempel geschlossen bleiben. Für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ist ein Tag der Ruhe, frei von Fremdbestimmung und Zeitdruck, unverzichtbar. Doch immer mehr Bereiche werden für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen vereinnahmt. Schon jetzt arbeiten rund elf Millionen Erwerbstätige in Deutschland auch an Sonn- und Feiertagen – Tendenz steigend. Immer wieder werden Anlässe gesucht, um noch mehr Sonntage zu Einkaufstagen zu machen. Fast schon jede Woche müssen die Kolleginnen und Kollegen von Verdi gegen Sonntagsöffnungen in einer niedersächsischen Kommune klagen. Das hat schon was von Galgenhumor. Die niedersächsische Landesregierung hat nun ein Gesetz vorgelegt, das im Kern wenig am eigentlichen Problem ändert – nämlich, dass es genaue Kriterien gibt, die eine Ausnahme von der Sonntagsruhe erlauben. Lasst uns da auch noch ein bisschen Druck machen – weil es ohne Sonntag nur noch Werkstage gibt. Also: Wir sind viele. Wir sind eins. Und wir kriegen das hin. In diesem Sinne: Danke fürs Zuhören, Gottes Segen und Glückauf.